



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de), Homepage: [www.BBU-online.de](http://www.BBU-online.de)  
Facebook: [www.facebook.com/BBU72](https://www.facebook.com/BBU72)  
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

## BBU-Newsletter

21. Jahrgang, Nummer 04 / 2024

\*\*\*\*\*

### **Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,**

wir stehen kurz vor Weihnachten und nähern uns dem Jahreswechsel. Noch einmal im alten Jahr erhaltet Ihr den BBU-Newsletter, der wieder viele Informationen aus den Reihen der Anti-Atomkraft-Bewegung, zum Thema Klimaschutz, zur Verkehrspolitik u. a. m. enthält. Vielleicht findet Ihr zwischen den Jahren die nötige Zeit, die Beiträge zu lesen.

Zeit wünschen wir Euch aber gerade zwischen Jahren auch für Euch selber. Zeit zum Kraft schöpfen, Zeit für die Familie und die FreundInnen und einfach Zeit um die winterliche Zeit zu genießen – so schwierig sie auch politisch sein mag. Wir müssen optimistisch bleiben.



Nicht auslassen können wir an dieser Stelle natürlich die Erinnerung daran, wie wichtig für den BBU neue Mitglieder (Initiativen und auch gerne fördernde Privatpersonen) sowie solidarische Spenden

sind. Wenn Ihr zwischen den Jahren etwas Zeit dafür finden würdet, „hier und da“ Werbung für den BBU zu machen und / oder um dem BBU eine Spende zukommen zu lassen, wäre das großartig und eine wichtige Unterstützung für die weitere engagierte Arbeit des BBU.

BBU-Aufnahmeanträge findet man unter

<https://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.

Bitte weist eure FreundInnen darauf hin.

Und hier das **BBU-Spendenkonto**, bitte **beachten**:

Sparkasse Köln/Bonn  
**IBAN: DE62 3705 0198 0019 0026 66**  
**SWIFT-BIC: COLSDE33**  
Stichwort: **BBU-Weihnachtsspende 2024**

Gerade am Jahresende sind Spenden beim BBU gerne gesehen und für die Jahres-Planung 2025 sehr wichtig.

Der BBU-Vorstand, die Geschäftsführung und die Newsletter-Redaktion wünschen Euch frohe Weihnachtstage und einen möglichst ruhigen Rutsch in das neue Jahr. Möge es ein für Euch gesundes und hoffentlich friedvolles Jahr 2025 werden.

*Foto: Kathrin Vogler MdB DIE LINKE überbrachte dem BBU an der Urananreicherungsanlage Gronau am 5. Mai 2024 eine Spende des Vereins der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. (Nachahmung erwünscht).*

+++++ +++++ +++++

### **Aktuelle Informationen des BBU ...**

... findet man immer unter <https://www.facebook.com/BBU72> sowie unter <https://bbu-online.de/Presse.htm>. Und bei konkreten Fragen oder Aktions-Vorschlägen einfach eine E-Mail an den BBU senden: [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de).

**Termine:** <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

# Atomenergie

## **Behälterzulassungen im Brennelemente-Zwischenlager Gorleben laufen aus – Hersteller hüllen sich in Schweigen**

Die Aufbewahrungsgenehmigung für die Behälter mit hochradioaktiven Abfällen im Zwischenlager Gorleben erlischt im Jahr 2034. Die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) bereitet ein neues Genehmigungsverfahren vor und hat für das Jahr 2025 den Beginn einer sogenannten „Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)“ angekündigt, bei dem es um die Umweltbelastung durch das Brennelemente-Zwischenlager geht.

Bereits im März 2025 verlieren 12 der 113 Behälter vom Typ TN 85, die in Gorleben eingelagert sind, ihre Behälterzulassung, danach erlischt auch die Behälterzulassung für einige der eingelagerten Castorbehälter (siehe BGZ-Präsentation 13.06.2024).

Schriftlich hatte sich die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) an die französische Nuklearfirma Orano NCS GmbH, mit Sitz in Hanau, und die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) gewandt, deren TN 85-Behälter als erste ihre verkehrsrechtliche Zulassung verlieren.

„Für eine Neuzulassung müssen aus unserer Sicht neue, erhöhte Sicherheitsanforderungen zugrunde gelegt werden. Eine Antwort der Hersteller aber haben wir nicht bekommen, nicht einmal eine Eingangsbestätigung,“ weiß BI-Sprecher Wolfgang Ehmke zu berichten.

Allein die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) reagierte auf die Forderung, es müssten endlich Brandtests mit Originalbehältern durchgeführt werden, blockte aber Nachfragen mit dem Hinweis auf das Regelwerk der Aufsichtsbehörde, des Bundesamts für die Sicherheit kerntechnischer Entsorgung (BASE), ab: Das Regelwerk sehe das nicht vor. s. BAM Antwort auf 1. BI Anschreiben

Das werde man so nicht stehen lassen, kündigte die BI: „Für die Verlängerung der Behälterzulassungen der in Gorleben zwischengelagerten Behälter muss es einen realen Brandlastversuch geben. Dabei orientieren wir uns an den Angaben der BGZ, die bei der statischen Bemessung der derzeit im Bau befindlichen Schutzwand rund um die Castor-Halle von dem Lastfall „Flugzeugabsturz eines AIRBUS A 380“ ausgegangen ist.“



Deshalb müssten auch die Brandlasten eines angesetzten Flugzeugabsturzes bei der Behälterzulassung berücksichtigt werden, d.h. die Kerosin-Explosion beim Aufprall auf die CASTOR-Halle und nach Einsturz der dünnen Hallendecke der Kerosinbrand in der CASTOR-Halle mit der enormen Hitze von ca. 1.900°C/2.000°C. Bisher gilt als Maßstab lediglich eine Brandlast von 800°C für eine Dauer von 30 Minuten.

BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Der Schlüssel liegt demnach beim BASE und deren Vorgaben für das Regelwerk, das für Gorleben angepasst werden muss.“

*Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V., 10. Dezember 2024. Quelle und weitere Informationen: <https://www.bi-luechow-dannenberg.de> /// Foto: Jubiläumssonntagsspaziergang in Ahaus, 15.12.2024)*

## **200 bei Protest in Ahaus / Gleich im Januar 2025 weitere Proteste gegen Atomtransporte**

Am 3. Advent (15.12.2024) haben rund 200 Personen vor dem Atomülllager in Ahaus (NRW) gegen drohende Castor-Atomülltransporte von Jülich nach Ahaus demonstriert. Gleichzeitig wurde mit der Aktion an den ersten Protest-Sonntagsspaziergang an dem Ahauser Atomülllager erinnert, der vor 30 Jahren im Dezember 1994 durchgeführt wurde. Zur Teilnahme an der Jubiläumsaktion hatte neben örtlichen und regionalen Bürgerinitiativen auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) aufgerufen, in dem auch die Bürgerinitiative „Kein Atomüll in Ahaus“ organisiert ist.

Die Beteiligung an dem Jubiläums-Sonntagsspaziergang in Ahaus war deutlich höher als beim allerersten Sonntagsspaziergang. Dieser fand am 18.12.1994 statt und es hatten sich rund 100 Personen beteiligt. Dabei kam es zu 8 Festnahmen: 2 Personen wurden festgenommen, da sie angeblich das Infogebäude des Atommülllagers beschmiert hatten, und 6 Personen wurden festgenommen, da sie angeblich die ersten zwei Personen befreien wollten.

Inhaltlich richtete sich der Jubiläums-Protest auch gegen die Uranfabriken in Gronau (NRW) und Lingen (Niedersachsen), für die es bisher keine Laufzeitbegrenzung gibt. Die Anlagen sind Luftlinie nur ca. 20 bzw. 50 Kilometer von Ahaus entfernt und so nahmen auch Mitglieder von Initiativen aus Gronau und Lingen an der Demonstration in Ahaus teil.

Ebenso wie die aktuell drohenden Castor-Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus lehnt der BBU auch die häufigen Urantransporte ab, die im Zusammenhang mit den beiden Uranfabriken durchgeführt werden. „Ein Unfall mit Atommüll- oder Uranhexafluoridfreisetzungen hätte verheerende Folgen“ warnt BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz

Schon jetzt stehen erste Termine der Anti-Atomkraft-Bewegung im Münsterland für Anfang 2025 fest. Am 5. Januar findet der Neujahrsspaziergang an der Urananreicherungsanlage in Gronau statt (14 Uhr) und am 19. Januar wird in Ahaus der nächste Sonntagsspaziergang durchgeführt. Treffpunkt ist um 14 Uhr das Rathaus in Ahaus.

Weitere Informationen: <https://www.bbu-online.de>, <https://www.bi-ahaus.de>, BBU-Pressemitteilung vom 16.12.2024

**Letzte Meldung kurz vor Versand des Newsletters: Angeblich rollen die Castortransporte von Jülich nach Ahaus vorerst nicht .. (Aber: Holzauge sei wachsam!):**  
<https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/atommuell-transport-ahaus-100.html>

## Klimaschutz

### **Klimastreik am 14. Februar!**

Nachdem die ehemalige "Fortschrittskoalition" sich monatelang nur noch an sich selbst abgearbeitet und die Augen vor der politischen Realität verschlossen hat, heißt es jetzt: **Die Ampel ist Geschichte!** Nachdem Lindner angekündigt hat, die deutschen Klimaziele abschaffen zu wollen, ist natürlich niemand traurig darüber, dass Scholz die FDP aus der Regierung wirft. **Klar ist jedoch, es ist keine Zeit für Illusionen – jetzt wird nicht einfach alles besser.**

Spanien steht unter Wasser, die Welt steuert auf 3,1 Grad Klimaerwärmung zu, ein Faschist wird Präsident der USA und das alles wenige Tage vor der Weltklimakonferenz in Baku – der Weltschmerz könnte nicht größer sein.



Nicht nur, dass die Klimakrise in den letzten Monaten kaum eine Rolle gespielt hat, noch viel schlimmer, die öffentliche Debatte drehte sich nahezu nur um die Themen der Rechten. Überlassen wir ihnen weiter die Bühne, drohen uns bei der Bundestagswahl ähnliche Wahlergebnisse wie in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. **Eine vorgezogene Bundestagswahl bedeutet eine vorgezogene Entscheidung über unsere Zukunft. Es steht viel auf dem Spiel: Wir können gewinnen – aber auch alles verlieren.**

Darum ist jetzt klar: Wir müssen über das sprechen, was wirklich zählt. Für eine gerechte, friedliche Welt müssen wir die Klimakrise eindämmen. Dafür brauchen wir Parteien, die Klimaschutz ernst nehmen – unabhängig davon, ob gerade Wahl ist oder die nächste Hitzewelle kommt. Und dafür brauchen wir ernsthafte Gespräche übers Klima.

Lasst uns auf die Straßen gehen, die Debatte zurückerobern und gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft kämpfen. **Deshalb rufen wir zum bundesweiten Klimastreik vor der Wahl auf – am Freitag, 14. Februar 2025 überall in Deutschland!**

Quelle und ausführliche Informationen: <https://fridaysforfuture.de/klimastreik>



# Landwirtschaftspolitik

**Aufruf zur 15. "Wir haben es satt!"-Demo 2025, Samstag, 18.1.25, 12 Uhr, Berlin**

**Wer profitiert hier eigentlich?**

- **Wer profitiert eigentlich** von Klimakrise, Artensterben und dem Verlust fruchtbarer Böden?
- **Wer hat ein Interesse** an billigen Agrarrohstoffen, am Höfesterben und an der Spaltung von Landwirtschaft und Gesellschaft?
- **Wer verdient** an globaler Ungerechtigkeit, Ernährungsarmut, Patenten und Hunger?
- **Wer gewinnt**, wenn Ackerland von Investoren vereinnahmt und zum Spekulationsobjekt wird?
- **Wer profitiert** von politischer Instabilität und Existenzängsten?

**Unsere Zukunft steht zur Wahl!**

Zu viele **Politiker\*innen in Berlin und Brüssel** stellen seit Jahrzehnten Konzerninteressen vor das Gemeinwohl und fördern mit unseren Steuergeldern ein schädliches Ernährungssystem. **Agrarkonzerne wie Bayer-Monsanto, Tönnies und Cargill, fahren horrende Profite ein.** Sie verschleiern dies mit dem falschen Versprechen, vermeintlich einfach und billig die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Ihre **Lobbyverbände** verlangen unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus einen desaströsen Verzicht auf Klima-, Tier- und Umweltschutz – statt wirtschaftlicher Perspektiven für die Betriebe, wie Bäuerinnen und Bauern sie schon lange fordern.

**Die weltweiten Folgen:**

- **Global sind 733 Millionen von Hunger betroffen**, das sind 150 Millionen mehr als vor der Corona-Pandemie. Jeder dritte Mensch auf der Welt kann sich keine ausgewogene Ernährung leisten.
- **Allein in Deutschland mussten mehr als 350.000 Höfe in den letzten 30 Jahren schließen** – damit hat sich die Anzahl der Betriebe um fast 60 Prozent verringert.
- **60 Prozent der Böden in Europa** sind geschädigt – Hauptverursacher sind die Agrarindustrie und die von ihr befeuerte Klimakrise.
- **Über 60 Prozent der Tier- und Pflanzenarten des Offenlandes** stehen auf den Roten Listen der bedrohten Arten. Insbesondere Ackerlandschaften sind vom Artensterben betroffen.

**Das haben wir satt!**

**Sozial-gerechte Agrarwende in den Koalitionsvertrag!**

Das agrarindustrielle System wälzt seine wahren Kosten auf die Gesellschaft ab. **Eine bäuerliche, agrar-ökologische Landwirtschaft** ist der gemeinwohlorientierte Gegenentwurf. Sie ist die Grundlage für ein umweltverträgliches, gerechtes und krisenfestes Ernährungssystem, das uns alle und zukünftige Generationen sicher mit gesunden Lebensmitteln versorgen kann – ohne Tieren, Umwelt und Klima zu schaden.

**Wir fordern von der kommenden Bundesregierung und der EU:** Sichern Sie unsere Existenzgrundlagen, den sozialen Zusammenhalt und ein gutes Leben für Mensch und Tier, in Stadt und Land, in Deutschland und der ganzen Welt! Die Agrarwende braucht endlich **politischen Mut, verbindliche Gesetze, kostendeckende Erzeuger\*innenpreise** und eine **sichere Finanzierung!** In der nächsten Legislaturperiode müssen **Agrarwende und zukunftsfähige Neuausrichtung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik** oberste Priorität haben.

**Wir können gewinnen, wenn wir alle zusammenhalten!**

Stadt und Land, bio und konventionell, Tierhalter\*in und Veganer\*in, jung und alt – wir lassen uns nicht spalten! Solidarisiert euch, kommt zur Demo! **Samstag, 18.1.25, 12 Uhr, Bundeskanzleramt,**

Ausführliche Informationen: <https://www.wir-haben-es-satt.de>



## Silvester

### **Lärm, Brandgeruch und Lichtblitze sind Alptraum für Tiere**

Die meisten Tierarten, darunter auch Haustiere wie Hunde und Katzen, leiden aufgrund ihres sensiblen Gehörs besonders unter Raketen und Knallern – diese können sogar zu einer dauerhaften Schädigung des Gehörs führen. Aufgeschreckte Wildtiere im Stadtgebiet, vor allem Wildvögel, verlassen mitten in der Nacht unter erheblichem Stress ihre Schlafplätze. Auch Schweine, Kühe oder Schafe und insbesondere Pferde reagieren empfindlich und können sich erheblich verletzen, wenn sie in Panik versuchen zu fliehen. Im Bereich der landwirtschaftlichen Tierhaltung besteht nicht zuletzt erhöhte Brandgefahr. Unmengen an Feuerwerkskörpern landen zudem in der Natur und schädigen diese nachhaltig. Denn Raketen und Böller sind mit giftigen Farben bedruckt und enthalten Schwermetalle und andere Schadstoffe, die in Böden und den Wasserkreislauf gelangen können.

Der Deutsche Tierschutzbund ruft alle Tierfreunde dazu auf, in der Silvesternacht freiwillig auf Feuerwerkskörper zu verzichten – insbesondere, wenn in der Nähe Tiere gehalten werden.

Aus einer Pressemitteilung des Deutschen Tierschutzbundes vom 13.12.2024. Quelle: <https://www.tierschutzbund.de>

## Tonerschäden

### **Jahresbericht 2023 der Stiftung nano-Control**

Das Jahr 2023 markiert für die Stiftung einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zu unserem gemeinsamen Ziel: „Gesundes Drucken“. Unter dem Motto „Aus Geschichte lernen – die Zukunft gestalten“ hat sich die Stiftung intensiv mit den Herausforderungen und Chancen auseinandergesetzt, die vor uns liegen. Im Mittelpunkt stand dabei die Initiative „Healthy Printing“, die wertvolle Impulse lieferte. Den Jahresbericht findet man unter <https://www.nano-control.org>.

## Verkehrspolitik

### **Stellungnahme von Bahn für Alle zu den Entwürfen der Wahlprogramme von Union, SPD und Grünen**

CDU/CSU, SPD und Grüne stellen heute Entwürfe für ihre Wahlprogramme vor. Bahn für Alle hat drei Bereiche ausgewählt, die für Bahnverkehr und Mobilitätswende besonders wichtig sind.

#### **Wir fordern: Die ganze Bahn gemeinnützig! Was sagen die Parteien?**

Für die CDU ist das Bahnnetz grundsätzlich Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Warum nicht auch die Züge? Sie formuliert: „Für mehr Wettbewerb müssen Infrastruktur- und Transportbereich stärker als bisher voneinander getrennt werden.“ Der Staat soll also das kostspielige Netz bezahlen, damit Private darauf Gewinne einfahren können. Und dafür will die Union die Bahn, bei der ohnehin nur noch wenig intakt ist, vollends zerschlagen. In einer Koalition mit der SPD müsste es dagegen Widerstand geben: „Die Privatisierung von Daseinsvorsorge bleibt ausgeschlossen. Wir erhalten die Deutsche Bahn als integrierten Konzern im öffentlichen Eigentum.“ Gut so! Züge sind ja wohl auch Daseinsvorsorge, oder? Das sagen die Grünen: „Unser Ziel ist der Deutschlandtakt, der Städte und Regionen regelmäßig und verlässlich miteinander verbindet. Das Schienennetz, das wir marode vorgefunden haben, werden wir weiter mit Hochdruck sanieren und im erforderlichen Maß ausbauen.“ Kein Wort dazu, ob die Bahn intakt gehalten werden soll. Dabei sollte klar sein: Der Deutschlandtakt wird vom Betrieb der Züge heraus entwickelt. Hat man die aber schon weggegeben, ist es Essig mit dem Deutschlandtakt. Hier muss noch ein klares Bekenntnis zur ganzen Bahn und zur Daseinsvorsorge ins Programm.

#### **Deutschlandticket mit Sozialtarif und Kindermitnahme verstetigen?**

Die SPD will das Deutschlandticket dauerhaft anbieten und für weitere Millionen Menschen bezahlbar machen. Die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs soll dauerhaft gestärkt werden. Warum nicht gleich so? Seit dem Fahrplanwechsel am 15. Dezember sind aktuell insgesamt mehr als 30 Linien von Einschränkungen wegen akuten Lokführermangels betroffen. Die CDU ist da schon schmallippiger: Bei der Finanzierung des ÖPNV will sie nur eine auskömmliche Finanzierung sichern. Hallo, was ist mit dem Deutschlandticket, einer der wenigen Innovationen der Ampel? Die Grünen wollen das Deutschlandticket weiter für 49 Euro anbieten. Ob sie das in einer Koalition auch durchsetzen? Über die Kindermitnahme spricht keiner.

## Tempolimit auf Autobahnen: Schon wieder nix oder endlich mal?

Die CDU lehnt viel ab: „Fahrverbote für Innenstädte, das Umwidmen von Parkplätzen und ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen.“ Grüne und SPD sind hingegen für ein Tempolimit auf Autobahnen von 130 km/h. Die SPD sogar mit überaus deutlichen Worten: „Ein Tempolimit bringt so viele Vorteile, dass man fast gar nicht begründen kann, es nicht einzuführen. Wir hinken hier im europäischen und internationalen Vergleich massiv hinterher. Wenn ein Tempolimit Menschenleben schützt, warum tun wir das nicht? Wenn ein Tempolimit Stress, Staus und Unfälle massiv reduziert, warum tun wir das nicht? Wenn ein Tempolimit gut für die Natur, das Klima und die umliegende Wohngegend ist, warum führen wir es nicht ein?“ Sehr richtig. Das alles galt übrigens schon 2021. Warum hat die Ampel das Tempolimit unter Kanzler Scholz nicht eingeführt? Weil sonst die FDP keine Koalition mit SPD und Grünen eingegangen wäre? Ernsthaft? Zu den Versprechen im Wahlkampf muss noch die Glaubwürdigkeit der Parteien kommen, diese Versprechen auch einzulösen.

Pressemitteilung von Bahn für Alle vom 17.12.2024. Weitere Informationen: <https://bahn-fuer-alle.de>

## Waldschutz

### Klage gegen Wald-Enteignung eingereicht Geplanter Abbau verstößt gegen Klimaschutzgebot des Grundgesetzes

Bautzen/Rohne, 02.12.2024. Am heutigen Tag wurde gegen die Enteignung eines privaten Waldes für den Braunkohle Tagebau Nochten Klage beim Oberverwaltungsgericht Bautzen eingereicht. In den nächsten Monaten muss das Gericht nun klären, ob das Waldstück wie vom Kohlekonzern LEAG geplant am 1. Januar 2026 zerstört werden darf.

„Enteignungen sind nur zugunsten vollständig rechtmäßiger Vorhaben zulässig. Das Gericht wird zu klären haben, ob die zahlreichen Schäden durch den Tagebau Nochten tatsächlich für das Allgemeinwohl notwendig sind. Daran gibt es erhebliche Zweifel auf mehreren rechtlichen Gebieten. So ist die Verbrennung der geplanten Kohlemengen mit dem Klimaschutzgebot des Grundgesetzes nicht vereinbar.“ sagt Rechtsanwalt Dr. Philipp Schulte, der die Grundeigentümer\*innen vor Gericht vertritt.



### Umweltgruppe bleibt 2025 mit Veranstaltungen vor Ort

„Als Pächter des Waldes unterstützen wir die Klage der privaten Eigentümer. Wir werden mindestens bis Ende 2025 mit Veranstaltungen vor Ort präsent sein, bei einem Sieg vor Gericht noch deutlich länger.“ sagt René Schuster von der [Umweltgruppe Cottbus](#).

Die Eigentümer\*innen bedanken sich für die zahlreichen Spenden, die in den vergangenen Wochen in einer öffentlichen Spendensammlung eingezahlt wurden, um die Klage zu ermöglichen.

Das Sächsische Oberbergamt hatte am 30. Oktober die Grundabtretung und vorzeitige Besitzeinweisung angeordnet. Die ausführliche Begründung der heute eingereichten Klage wird in den folgenden Wochen zusammengestellt. (Hinweis: Da es erste Rückfragen der Presse gab, ob es sich um ein oder mehrere Grundeigentümer\*innen handelt: Die Umweltgruppe meint in ihren Texten die gesamte Familie, während für LEAG und Behörden nur die eine Person zählt, die davon im Grundbuch steht.)

Pressemitteilung der Grünen Liga vom 02.12.2024.

Quelle: <https://grueneliga.de/index.php/de/themen-projekte/braunkohle/1503-klage-gegen-wald-enteignung-ingereicht>

**Impressum: BBU-Newsletter Nr. 04 / 2024**, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Nächster Redaktionsschluss ist der 06.01.2025. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminhinweise werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: [uaanee@web.de](mailto:uaanee@web.de) In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken. Wer den Newsletter nicht mehr beziehen möchte, kann ihn mit einer kurzen Email an [BBU-Bonn@t-online.de](mailto:BBU-Bonn@t-online.de) abbestellen.